

22. 06. 2017

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Hackl und Landbauer

zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2018,
LT-1595/V-5-2017

betreffend **Russland-Sanktionen – Zurück zum Verhandlungstisch**

Die Sanktionen gegen Russland wurden von der Europäischen Union beschlossen und werden von Österreich als Mitglied der EU mitgetragen. Derartige Sanktionen, die aus demokratiepolitischen Gründen erlassen wurden, wurden schon öfters – zum Beispiel gegen den Irak erlassen. Mit den Sanktionen gegen Russland wurde versucht, die russische Intervention im Ukraine-Konflikt zu beenden.

Diese Sanktionen gegenüber Russland haben in den vergangenen drei Jahren nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Vielmehr haben sie die Falschen getroffen, nämlich u.a. niederösterreichische Wirtschaftsbetriebe und die heimische Landwirtschaft. So sind beispielsweise heimische Anlagenbauer oder Lebensmittelproduzenten massiv betroffen.

So betrug das Exportvolumen von Niederösterreich nach Russland vor den Sanktionen rund 397 Millionen Euro, im Jahr 2015 sank es um mehr als 100 Millionen Euro auf ca. 283 Millionen Euro. Zwar liegen die endgültigen Exportzahlen für 2016 noch nicht vor, aber es ist davon auszugehen, dass die Tendenz weiter fallend ist.

Da die wirtschaftlichen Sanktionen keine positive Auswirkung auf den Friedensprozess rund um den Ukraine-Konflikt hatten, wäre es besser, dass die EU die Sanktionen beendet und als Vermittler zwischen den beteiligten Konfliktparteien

auftritt um den Konflikt zu beenden und damit die betroffene Bevölkerung wieder in einen normalen Alltag kommt.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern sich auf Europäischer Ebene für ein Ende der wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Russland einzusetzen um weiteren wirtschaftlichen Schaden für die heimische – insbesondere der niederösterreichischen – Wirtschaft und Landwirtschaft zu verhindern. Die Europäische Union sollte vielmehr partnerschaftliche Verhandlungen initiieren und dabei als Vermittler zwischen den Konfliktparteien vor allem zwischen Russland und Ukraine auftreten.“